Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern 10 Pf.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1178.

Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Dorothenstraße 83.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- u. Verkäufe 20 Pf. (Händler und Vermittler 25 Pf.), für auswärts 30 Pfg.
Finanzielle Anzeigen u. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle nach besonderem Tarif.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mk.
Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen und Extrabeilagen nur in der **Morgen-Ausgabe**
Schluß der Annahme nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen-Annahme:
Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10
(Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 424. **Mittwoch** 22. August 1906. **100. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Das Schulschiff des deutschen Schulschiffvereins „Großherzogin Elisabeth" ist gestern von seiner Sommerreise wohlbehalten nach Bremerhaven zurückgekehrt und wird von dort sogleich nach Elsfleth geschleppt werden, wo die Ausrüstung für die Winterreise und die Einstellung der neuen Schiffsjungen erfolgt.

* Der frühere österreichische Reichskriegsminister von Krieghammer ist gestern vormittag in Ischl gestorben. (S. Ausl.)

* Die Meldung von einer Erkrankung des italienischen Ministers des Aeußern Tittoni wird von der „Agenzia Stefani" als gänzlich unbegründet bezeichnet.

* Aus Valparaiso wird über Lima gemeldet: Die chilenische Regierung beabsichtigt, vom Kongreß die Bewilligung von 100 Millionen Dollars zum Wiederaufbau von Valparaiso zu fordern. Unter den zerstörten Gebäuden befindet sich auch das deutsche Hospital.

* Das Befinden Castros, des Präsidenten von Venezuela, soll, einer Nachricht aus Washington zufolge, sehr besorgniserregend sein.

Nach der Heuernte.

Zwar nicht über Herrn v. Podbielski selbst, wohl aber über die Seltsamkeiten, die anscheinend seine Entlassung einleiten, muß im Zusammenhang schon jetzt einiges gesagt werden. Es war von uns bei einer früheren Gelegenheit bereits einmal darauf hingewiesen worden, wie auffällige Neigungen hohe Berliner Beamte entwickeln, sobald es sich um Pressangelegenheiten handelt. Nebenbei ein deutlicher Fingerzeig, wieviel psychologisches Wissen und Erfahrung eine einigermaßen tiefer gehende Kenntnis der Zeitungsverhältnisse voraussetzt. Man darf es ruhig zum Lobe auch der Berliner Presse aussprechen, daß kaum noch ein anderes der überhaupt hier in Betracht kommenden Blätter den Minister so ungeschickt bedient hätte wie das Blatt seines Vertrauens, der „Berliner Lokal-Anzeiger". Und der Grund hierfür hat sicher nicht einmal in einem Mangel an journalistischer Erfahrung gelegen. Höchstwahrscheinlich hat in der Redaktion des erwähnten Blattes selbst Kopfschütteln geherrscht. Aber es wurde alles so gedruckt, wie eingetragen, anstatt daß in einer eingehenden Vorbesprechung dem Minister die handgreiflichen Ungeschicklichkeiten zur Erwägung vorgehalten worden wären. Es ist zu vermuten, daß die Hausordnung des unparteiischen Blattes strikte Anweisungen über den Umgang mit Ministern enthält, und in aller Devotion wurden dem Minister die schönsten Bärendienste geleistet. Kein leitender Redakteur eines politischen Blattes hätte es unterlassen, auf das Gefährliche des Versuchs hinzuweisen, die allerhöchste Stelle in die Debatte zu ziehen. Auch der Versuch, das Schwergewicht der Auseinandersetzungen auf die Gütertrennung des Ehepaares v. Podbielski zu legen, wäre von jedem selbständigen, erfahrenen Journalisten als ein sehr unglückliches Mittel erkannt und wahrscheinlich verhindert worden. Denn jeder einzelne hätte gewußt, daß hiermit nur Stimmung gegen den Minister gemacht werden konnte, daß Gütertrennung im Volke nur den Ruf eines formellen juristischen Mittels vor materieller Schädigung genießt, aber sonst nicht hoch im Kurs steht und auf keinen Fall geeignet ist, moralisch zu entlasten. Und gerade das ist doch charakteristisch für den ganzen Fall Podbielski, daß es sich um das moralische Moment dreht und nicht um juristische Delikte und Kniffligkeiten. Kein Mensch glaubt, daß der Minister sich gegen geschriebene Gesetze vergangen hat. Aber es gibt doch auch noch ungeschriebene Gesetze. Und eins der wichtigsten lautet: Die höchsten Beamten eines Staates müssen in der Erfüllung ihrer Amtspflichten ihre Lebensaufgabe sehen. Alles andere hat dahinter zurückzutreten. Dieser intelligente Landwirtschaftsminister aber ist das Opfer seiner Tugenden geworden. Der Minister leidet an zu ausgeprägter Betriebsamkeit. In seinem Amt hat er es nicht an ihr fehlen lassen. Aber in seinem Privatleben auch nicht. Und daran mußte er scheitern. Jetzt möchten wir einmal etwas aussprechen, was vielleicht den Widerspruch mancher Idealogen hervorruft, aber dadurch nichts von seiner Tatsächlichkeit verliert. Wir tun keinem Menschen, auch einem Minister nicht, das Unrecht an, von ihm Gottähnlichkeit zu verlangen. Auch Minister sind Menschen und haben ein Anrecht auf Fehler und Sünden. Nur dürfen diese nicht über das landläufige Maß hinausgehen, und — nicht Anlaß zum Skandal geben. Das verlangt gebieterisch das Gebot der Autorität und Disziplin im Staatsbetriebe. Ein Beispiel möge das erläutern: Wir halten einen Minister, der, wie viele andere Leute, einmal den Knobelbecher geschwungen oder das Kartenglück versucht hat, noch durchaus nicht für ungeeignet zur Wahrnehmung seiner hohen Pflichten. Auch Lessing spielte! Aber sofort ändert sich die Sachlage, wenn ein solcher Mann durch irgendwelche Umstände wegen dieser Leidenschaft in den Mittelpunkt eines Skandals gerückt wird. Das ist dann eben sein Pech. Aber er ist unmöglich, denn der erste Beamte seines Ressorts darf nicht in die Lage kommen, daß über ihn berechtigte üble Nachrede geführt wird. Dann muß er den Anforderungen der Staatsraison geopfert werden. Ein Beispiel aus Süddeutschland, wo an sich durchaus nicht welterschütternde sexuelle Fehltritte einen hohen Militär zur Strecke brachten, wird vielen Zeitungslesern noch in Erinnerung sein. Der Mann war unmöglich geworden, obwohl jeder ihm die besten Fähigkeiten nachsagte und kaum einer ihn nach dem Skandal geringer schätzte. Man mag das bedauern, dabei Betrachtungen über den Wert des Scheins anstellen, aber an den Tatsachen ändert das nichts. So wird es sowohl nach den preußischen Gepflogenheiten wie auch wegen der unabweisbaren Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Autorität unumgänglich sein, den Landwirtschaftsminister auszuschiffen. Das ist eine Kehrseite der Macht der Oeffentlichkeit, und manchmal mag man sie bedauern. Sie muß aber mit in den Kauf genommen werden, wenn man die Vorteile dieser Macht genießen will. Nur in einem despotisch regierten Lande kann der Herrscher zum Minister machen, wen er will.

Ueber eine andere, noch nicht völlig geklärte Erscheinung in der Geschichte dieses Ministerstürzens haben wir schon einige kurze Andeutungen gemacht. Wir meinen das merkwürdige Schachspiel zwischen „Lokal-Anzeiger" und „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Denn es ist kein Zweifel mehr, daß es sich hier nicht um absichtslose informatorische Notizen, sondern um Schachzüge gehandelt hat. Herr von Podbielski hatte in seinem Leibblatte Meldungen über sein Rücktrittsgesuch dementieren lassen. Das war am Freitag abend gewesen. Am Sonnabend abend, also noch genügender Zeit zu einem Wechsel ausführlicher Depeschen zwischen Berlin und dem Ministerpräsidenten, wurde in der Bülowoffizösen „Norddeutschen" erklärt, der Minister habe auf Anfordern des Fürsten eine Darstellung seines Verhältnisses zur Firma v. Tippelskirch gegeben und am Schluß gebeten, „seinen Wunsch nach Entlassung aus dem Staatsdienst an Allerhöchster Stelle zu unterbreiten". Darauf wurde in der Sonntagnummer des „Lokal-Anzeigers" des Rätsels Lösung gegeben, indem der Minister zugab, „vor einiger Zeit, gleich im Beginn der Tippelskirch-Affäre", in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten gesagt zu haben: „Er, Herr v. Podbielski, sei zu alt, um sich in dieser Weise mit Schmutz bewerfen zu lassen. Lieber würde er vorziehen, aus dem Staatsdienst zu scheiden." Diese Worte wollte der Minister nicht als Einreichung eines Abschiedsgesuches verstanden wissen; wenn er ein solches beabsichtigt hätte, würde er dafür den vorgeschriebenen Weg einer Immediateingabe an den Kaiser gewählt haben. Also gewissermaßen nur eine façon de parler. Aber damit noch nicht genug. Eine neuerliche Auslassung des Kanzler-Moniteurs besagt, der Kaiser habe in Uebereinstimmung mit dem Antrage des Fürsten Bülow erklärt, daß er auf Grund der Ausführungen des Ministers vom 13. d. M. zurzeit nicht in der Lage sei, über die Frage der Entlassung des Ministers v. Podbielski aus dem Staatsdienst eine definitive Entscheidung zu fassen. Dem Minister wird also noch die in Preußen übliche Schonzeit zugebilligt.

Aus dieser Rekapitulation der Tatsachen werden viele weitgehende Folgerungen gezogen, zum Beispiel die, es sei heute bereits die Frage: Geht Podbielski oder Bülow? Was uns vorläufig noch nicht einleuchten will. Aber folgendes ist wohl aus den Erklärungen ersichtlich: Fürst Bülow gebraucht nicht, die Anschauungen des Landwirtschaftsministers vor der Oeffentlichkeit zu akzeptieren. Er hat den Minister zur Rechenschaft gefordert (fordern müssen, da dieser nicht freiwillig sich der Berichterstattung unterzog). Und er hat es für nötig gehalten, dies bekannt zu geben und das Dementi des Ministers zu dementieren, sein Beharrungsvermögen zu lockern. Und auf die vorwurfsvolle Sonntagserklärung des Ministers, er habe es in dem „vor einiger Zeit" übersandten Schreiben nicht so gemeint, hat die „Norddeutsche" nur die kühle Antwort, eine Entscheidung auf die „Ausführungen vom 13. d. M." sei noch nicht getroffen. Das ist also die Parade des Vorwurfs, das Schreiben liege schon so weit zurück, daß es bald nicht mehr wahr sei. Also doch wohl ein Schachspiel, bei dem der Minister matt werden dürfte. Zurzeit ist noch nicht zu sehen, ob er den König und damit das Spiel bereits verloren hat. Daß er ihn zur Deckung benutzt, anstatt sorgfältig gedeckt hat, mußte seine Position gefährden.

Wird es gelingen?

Wir haben schon einmal Gelegenheit genommen, in einem längeren Artikel uns über die Lage der mittleren Post- und Telegraphenbeamten auszusprechen. Wir hatten darin nachgewiesen, daß die seit dem Jahre 1900 bestehende Personalreform für die große Masse der Post- und Telegraphenassistenten, ca. 26 000, nicht nur keine Vorteile, sondern nur Nachteile und Schädigungen gebracht hat. Nach den gegebenen Verhältnissen konnte von vornherein nur ein Bruchteil der Assistenten in die Sekretärstellung gelangen, eben weil die vorhandenen Sekretärstellen, ca. 3000, in gar keinem Verhältnis zu den Assistentenstellen, ca. 26 000, stehen.

Nun war den Assistenten nach den früheren Annahmebedingungen die Stellung (bei vorwurfsfreier Führung) als Oberassistent gewährleistet. Diese Beamtenkategorie bildete bis zum Jahre 1886 (Einführung des Dienstaltersstufensystems) eine Rang- und Gehaltklasse für sich (von 1700 ℳ an). Sie wurde in den Etatsaufstellungen unter besonderem Titel verzeichnet, unterschied sich durch Rangabzeichen von den Assistenten und dadurch, daß die Ober-Assistenten auf Lebenszeit angestellt wurden. Die Assistenten wurden durch besonderes Dekret zu Ober-Assistenten ernannt usw. Hieraus geht aber klar hervor, daß die Ober-Assistenten auch von der Verwaltung besonders bewertet wurden, höher als die Assistenten. Sie waren dazu ausersehen, die verantwortungsvolleren und wichtigeren Stellen des Postbetriebsdienstes zu verwalten. Mit anderen Worten: sie versahen die Dienstverrichtungen, welche bei anderen Verwaltungen den Sekretären übertragen werden und nach der Personal-Reform von den geprüften Postsekretären eingenommen werden. Durch die Verschmelzung der Assistenten und Oberassistenten zu einer Rang- und Besoldungsklasse ging ihnen diese bevorzugte Stellung verloren. Ein Aequivalent dafür ist ihnen in keiner Weise zuteil geworden. Denn der 20 Jahre nach der Anstellung verliehene Sekretärtitel kann kaum als solches, solange die Assistenten mit dieser Titelverleihung nicht auch in die Dienststellung und die Gehaltssätze der Sekretäre einrücken, angesehen werden.

Es ist begreiflich, daß die Erregung in den beteiligten Kreisen um so größer wurde, je mehr im Laufe der Zeit sich herausstellte, daß die neue Personal-Reform dazu angetan war, die Assistenten-Klasse sowohl dienstlich als gesellschaftlich herabzudrücken.

Das wurde auch vom Verband deutscher Post- und Telegraphenassistenten erkannt.

Einstimmig wurde vom Verbandstag im Herbst 1905 in Berlin eine Resolution gefaßt, dahin zu wirken, durch Ausarbeitung neuer Vorschläge die Schäden, welche die Personalordnung von 1900 für das Gros der in Frage kommenden Beamten mit sich gebracht hatte, abzuwenden. Eine Kommission von 13 Mitgliedern wurde neben dem Verbandsvorstand mit dieser Arbeit betraut.

Mit großem Fleiß hat sich diese Kommission der ihr gestellten Aufgabe unterzogen und hat Vorschläge gemacht, welche nichts weniger bedeuten, als eine vollständige Umänderung der Personalordnung von 1900, — eine Reform der Reform. Die Anträge der 13er Kommission sind in der „Deutschen Postzeitung" veröffentlicht und von den einzelnen Bezirksvereinen beigetreten worden. Wir können es uns deshalb versagen, auf Einzelheiten näher einzugehen. Nur so viel sei gesagt, daß uns diese Vorschläge weit über das Ziel hinausgeschossen scheinen. Hierzu gehört namentlich die Schaffung einer niederen Beamtenklasse, desgl. die Entwickelung der höheren Beamtenlaufbahn. Das sind Sachen, welche der Postverwaltung selbst zu überlassen sind. Abgesehen davon, daß die Postverwaltung kaum Neigung verspüren wird, sich selbst zu desavouieren, indem sie eine so einschneidende Maßnahme, wie sie die Personal-Reform von 1900 darstellt, nach so kurzer Zeit als unzweckmäßig wieder aufhebt, glauben wir annehmen zu dürfen, daß schon wegen des finanziellen Effekts (es handelt sich um viele Millionen) erst nach Jahrzehnten an eine Verwirklichung dieser Pläne gedacht werden könnte. Die große Masse der Assistenten resp. Ober-Assistenten würde nach wie vor absolut ohne irgend welche Vorteile bleiben, und das ist es auch, was die meisten Bezirksvereine zu einer Ablehnung der Vorschläge der 13er Kommission geführt hat. Wir können diesen Standpunkt nur teilen. Keine Reform der Reform ist anzustreben, sondern ein Ausbau der Personalordnung von 1900, in dem Sinne, daß zunächst die durch sie Geschädigten, nämlich die, welche die Postsekretär-Prüfung aus irgend welchen Gründen nicht abgelegt haben, berücksichtigt werden. Das ist die große Masse. Doch auch für die, welche die Postsekretär-Prüfung bestanden haben, wäre eine bessere Dotierung nötig. Nicht viele dieser „Geprüften", wenigstens von den älteren Jahrgängen, werden in eine Ober-Postsekretärstelle bzw. Postmeisterstelle einrücken. Mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Sekretäre anderer Verwaltungen erscheint es angebracht, daß das Höchstgehalt auch dieser Beamten aufgebessert werde.

Wir halten noch wie vor unseren schon in Nr. 117 dieses Blattes gemachten Vorschlag für einen gangbaren Weg, alle Beteiligten zufrieden zu stellen. Die finanzielle Tragweite wäre für den Staatssäckel keine allzu große und die Postverwaltung könnte in dem Rahmen der bestehenden Personalordnung diese Vorschläge leicht verwirklichen.

Wir schrieben:

1) für die Zivilanwärter ist bei der Annahme die Reife für Ober-Sekunda erforderlich;

2) die Assistenten rücken 20 Jahre nach der Anstellung (eventuell ist dieser Zeitraum auf 15 Jahre herabzusetzen) in die Dienststellung und das Gehalt der Sekretäre;

Als weiteren Punkt möchten wir hinzufügen:

3) die geprüften Sekretäre erhalten nach Erreichung des Höchstgehalts (soweit sie nicht in Ober-Postsekretärstellen usw. einrücken) eine pensionsfähige Zulage von 300 ℳ.

Es soll nun nicht gesagt sein, daß diese Vorschläge alle Wünsche erschöpfen oder den alleinigen gangbaren Weg zeigen, sie sollen nur als Fingerzeige dienen.

Der im September in Berlin stattfindende Verbandstag des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenassistenten wird sich in der Hauptsache mit der Besprechung dieser Fragen befassen. Wird es gelingen, die Geister zu einen, daß der Verband wie in vergangenen Zeiten als große, geschlossene Masse seine Forderungen erstreben kann? Hoffen wir es!

Deutsches Reich.

Leipzig, 22. August.

* **Amtliches über Gefechte in Südwestafrika.** Am 6. August hatten, wie schon gemeldet, etwa 50 Hottentotten die Pferdewache der 2. Feldkompagnie des 2. Regiments bei Aimisfontein angegriffen, waren aber durch die herbeieilende Kompagnie zurückgeworfen worden. Der Feind flüchtete über Umeis auf Palladrift und zog von da den Oranje aufwärts bis zum Hamrewier und folgte diesem nordwärts in der Richtung auf die Großen Karasberge, wobei er unterwegs verschiedentlich Zuzug bekam, anscheinend durch die Bondelszwarts unter Johannes Christian, so daß er allmählich wieder die Gefechtsstärke von 150 Gewehren erreichte. Unsere Truppen verfolgten den Gegner fortgesetzt, und zwar zuerst die Abteilung Siebert bis Palladrift, dann die Kompagnie Gruner bis Duurdrift im Hamrewier, und zuletzt die Abteilung Bech, die erste, achte und neunte Kompagnie des 2. Regiments und die siebente Batterie mit sehr niederen Gefechtsstärken. Der schlechte Ernährungszustand der Truppen im Süden, entstanden durch den geringen Nachschub auf den wenig leistungsfähigen Etappenstraßen und dem dadurch eingetretenen Mangel an Proviant und Hafer, macht eine solche Ablösung der verfolgenden Abteilungen nötig. Hauptmann Bech, der schon früher sich durch den Ueberfall gegen Meremga ausgezeichnet hatte, überraschte den Feind bei Noibis nordöstlich von Kalkfontein und zersprengte ihn nach dreistündigem Gefecht. Der Gegner hatte größere Verluste und ließ eine Anzahl Toter auf dem Gefechtsfelde. Auf unserer Seite sind gefallen Leutnant v. Heyden, früher im Infanterie-Regiment Nr. 164, und ein Reiter; ein Mann wurde schwer, ein anderer leicht verwundet. Die Abteilung Bech setzt die Verfolgung fort. Oberst Deimling ist mit dem Stabe in Warmbad eingetroffen.

* **Zentrum ist Trumpf.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: „In der am 15. August erschienenen Nummer des „Deutschen Kolonialblattes" ist unter dem Abschnitt „Deutsch-Ostafrika" ein Artikel der Usambara-Post polemisches Inhalts aufgenommen. Die Kolonialabteilung macht die in diesem Artikel, der ohne Wissen des Leiters der Abteilung durch ein bedauerliches Versehen in dem amtlichen Blatte zum Abdruck gelangte, vertretenen Anschauungen keineswegs zu den ihrigen. Es ist Vorsorge getroffen, daß das „Deutsche Kolonialblatt" in Zukunft wie bisher nur streng objektiv gehaltene Berichte aus den Schutzgebieten bringt, und daß der Abdruck polemischer Artikel sich nicht wiederholt." — Der hier eingenommene Standpunkt ist zweifellos richtig. Bedenkt man aber, daß die Polemik, deren amtliche Aufnahme in das „Deutsche Kolonialblatt" gerügt wird, sich gegen den Abgeordneten — Erzberger richtete, so bekommt die Angelegenheit einen eigenartigen Beigeschmack, den wir in der Spitzmarke dieser Notiz andeuteten. Herr Erzberger kann sich nicht über mangelndes Entgegenkommen von offiziöser Seite beschweren. Er, der so rücksichtslos im „Kolonialsumpf" herumbaggert, wird mit einer so feinen Sorte von Glacéhandschuhen angefaßt, wie kaum einer vor ihm in Preußen-Deutschland, der auf öffentliche Schäden aufmerksam machte. Herr Erzberger war eben in der Wahl seiner Partei vorsichtig. Sie ist und bleibt Trumpf.

* **Es geht immer weiter.** Die neuesten kolonialen Enthüllungen gehen von der „Berliner Morgenpost" aus und richten sich gegen den Geheimrat Rose, den Referenten für Neu-Guinea. Er wird daran erinnert, daß er im Reichstag gesagt habe, als gerichtliche Strafe komme die Prügelstrafe dort nicht vor, sie sei bloß gestattet zur „Erhaltung der Disziplin". Diese Worte hätten einen „Kautschuk"-Charakter, dessen sich Rose wohl bewußt sei. Er wird dann darüber interpelliert, ob ihm nicht bekannt sei, daß während seiner Tätigkeit als Reichskommissar regelmäßige Prügelstrafen an farbigen Arbeitern vollzogen wurden, und schließlich heißt es noch:

Erinnert sich Herr Rose des Namens Strehding? Dieser Deutsch-Kafe saß wegen Diebstahls im Gefängnis und erhielt von einem wegen Mordversuchs sitzenden Schwarzen 25 aufgezählt. Geschah dies im Auftrage Roses und in seinem Beisein? Ist es wahr, daß dieser Gefangene, als er nach Bremen zur Abbüßung seiner Strafe gebracht werden sollte, trotz schärfster Bewachung unterwegs unter eigenartigen Begleiterscheinungen verschwand? Irgend ein Geheimrat tat damals die Aeußerung, seine Flucht sei eigentlich das beste!

Im Interesse der Kolonialabteilung würde es liegen, wenn diese Fragen eine befriedigende Antwort finden könnten.

* **Carl Peters** äußert sich in folgender Weise in der neuesten Nummer der Londoner „Finanz-Chronik" über „den deutschen Kolonialwirrwarr":

Wohin man blickt: Zerfahrenheit, theoretisches Herumdoppen, Unklarheit der Entschlüsse in unserer Kolonialpolitik! Wohl mag ein intelligenter Engländer fragen, ob das deutsche Volk die Sache noch nicht satt habe und seine Kolonien für ein Anstandsgebot zu verkaufen bereit sei. Das Schlimme ist ja sein Hoffnungslose ist, daß sich schlechterdings nicht absehen läßt, von welcher Seite eine Besserung kommen soll. Allein der Kaiser kann sie schaffen, aber die Reichsregierung muß mit den Reichstagsparteien rechnen, wie sie nun einmal sind. Sie hat ihre Majorität zusammenzuarbeiten aus dem real vorhandenen Grundlagen. Das Zentrum ist ausschlaggebend, da mit der Sozialdemokratie nicht zu arbeiten ist. Das Nächstliegende, vom parlamentarischen Standpunkt aus, ist sicherlich, dem Zentrum selbst die Leitung der Kolonialpolitik zuzuschieben und einen ihrer Führer aufzufordern, das Kolonialamt zu übernehmen. Prinz Arenberg hat seit Jahrzehnten Kolonialpolitik betrieben. Die deutsche Regierung würde jedenfalls wissen, woran sie ist, und eine feste Grundlage erhalten, wenn er offen und vor der Welt die Verantwortung für den weiteren Gang der Entwicklung auf sich nähme.

* **Die militärischen Veränderungen** in den höheren und mittleren Kommandostellen der Armee, welche der Kaiser unter dem 18. August vollzogen hat, sind ziemlich umfangreich. Ein Generalmajor und fünf Obersten und Regimentskommandeure wurden inaktiv. In Genehmigung ihres Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt wurden: v. Iffendorff, Generalmajor und Kommandeur der 30. Kav.-Brig., Deichmann, Oberst und Kommandeur des Inf.-Regts. von Stülpnagel (5. Brandenburgisches) Nr. 48, v. Schmidt, Oberst und Kommandeur des Sächsischen Ulanen-Regiments Nr. 12, — beide mit der Erlaubnis zum Tragen der Regimentsuniform. Der Abschied mit der gesetzlichen Pension wurde bewilligt: v. Bonneburg, Oberst und Kommandeur des Inf.-Regts. Graf Bülow von Dennewitz (6. Westfälisches) Nr. 55, v. Schweinichen, Oberst und Kommandeur des 5. Ostpreuß. Inf.-Regts. Nr. 148, v. Arentschildt, Oberst und Kommandeur des 1. Ermländ. Inf.-Regts. Nr. 150, — allen dreien mit der Erlaubnis zum Tragen der Regimentsuniform.

* **Papst und Erzbischof.** Der Papst hat an den Erzbischof von Stablewski ein Anerkennungsschreiben gerichtet, in dem er zunächst für Stablewskis Bemühungen zugunsten des Peterspfennigs dankt und dann den Eifer anerkennt, mit dem Stablewski so „musterhaft" seine Diözese leite. Dabei hebt der Papst hervor, daß Stablewski in der Ausübung seines bischöflichen Amtes, „wie es ja der Welt Lauf ist", von Schwierigkeiten umringt sei. Das päpstliche Schreiben verrät in seiner Abfassung große Vorsicht — so gleitet es über die Frage des deutschen Religions-Unterrichts in den Volksschulen, in der Stablewski eifrig für polnische Wünsche eingetreten ist, hinweg, um offenbar eine Stellungnahme gegen die preußische Regierung zu vermeiden; aber die ganze Kundgebung dürfte doch durch die Wärme des Ausdrucks, mit der der „Schwierigkeiten" Stablewskis gedacht ist, darauf berechnet sein, seine Kirchenpolitik gutzuheißen.

Eine Wendung in der Optantenfrage? Aus parlamentarischen Kreisen wird der „Nat.-Ztg." geschrieben: „Berechtigtes Aufsehen erregt in der Nordmark eine Enthüllung des dänischen Protestblattes „Flensborg Avis" über die Optantenfrage. Danach soll dem verstorbenen Reichstagsabgeordneten Jessen im April d. J. im Auftrage des Reichskanzlers die Zusicherung geworden sein, es sei die Absicht des Kaisers und des Reichskanzlers, die schleswigsche Optantenfrage im Laufe einer kurzen Zeit definitiv zu ordnen. Allerdings unter Berücksichtigung der rechtlichen Hindernisse, die eine plötzliche Regelung nicht gestatten, aber ohne daß die Polizei Erkundigungen einziehen solle über den persönlichen Verkehr ꝛc. der Betreffenden selbst, als ihrer näheren und entfernteren Verwandten. Die Gesinnungsriecherei und die dadurch hervorgerufene Demoralisation solle aufhören. Jessen habe sich diese Worte wiederholt bestätigen lassen, da Oberpräsident v. Wilmowski sich in anderem Sinne ausgesprochen habe. Unterstaatssekretär v. Mühlberg habe ihm direkt gesagt: „Sie haben mich ganz richtig verstanden, ich habe Ihnen das im Auftrage des Reichskanzlers mitgeteilt." Diese Mitteilungen stehen in einem direkten Widerspruch zu den halbamtlichen Erklärungen, die vor kurzem von der „Nordd. Allg. Ztg" gebracht wurden. Mit Recht verlangt man eine möglichst rasche authentische Aufklärung über diesen Widerspruch. Eine solche ist um so notwendiger, als die Ersatzwahl zum Reichstage bevorsteht, die auf deutscher Seite die Anspannung aller Kräfte erfordert. Es würde die Agitation in bedenklicher Weise schwächen, wenn über die Stellung der Regierung zur Optantenfrage Unsicherheit herrschte."

* **Eine große Anarchistenkonferenz für Süddeutschland** hat in der letzten Woche in Ludwigshafen stattgefunden. Es war eine sehr stattliche Anzahl Genossen aus den Städten Frankfurt a. M., Mannheim, Stuttgart, Karlsruhe, Heilbronn, Hanau, Offenbach und Ludwigshafen versammelt; auch die anarchistische Berliner Presse hatte Vertreter entsandt. In erster Linie drehte sich die Diskussion um die